

# BürgerInnenbrief Mitte

28. Februar 2011



## **DIE LINKE.**

Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

Wahlnachlese +++ Abrissbagger +++ Spitzeldienste +++ Billige Wohnungen für alle +++ Münzviertel +++ Radfahren

## Hamburg hat gewählt: Eine Nachlese



SPD-Plakat am U-Bahnhof Feldstraße - drei Tage nach der Wahl

Erneut hat DIE LINKE im Wahlkreis 1 ein gutes Ergebnis erzielt. Für mich persönlich war damit erneut der Gewinn eines Direktmandates und der Wiedereinzug in die Bürgerschaft verbunden. Das ist gewiss ein starker Vertrauensbeweis, für den ich mich bei allen, die zu diesem guten Ergebnis beigetragen haben, noch einmal ganz herzlich bedanke. In den kommenden Monaten wird es darauf ankommen, das ausgesprochene Vertrauen in konkrete Politik umzusetzen.

Angesichts der Sympathie- und Zustimmungswelle für die SPD, von der die Stadt bei den Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahlen erfasst worden ist, hat sich DIE LINKE

in Hamburg insgesamt beachtlich geschlagen und das Ergebnis, das sie bereits im Jahr 2008 erreicht hatte, halten können. Dies ist umso bemerkenswerter, als es quer steht zum langfristigen und auch aktuell anhaltenden Abwärtstrend bei den Zustimmungswerten für DIE LINKE insbesondere in den westdeutschen Bundesländern.

Seit den Bundestagswahlen im Herbst 2009 hat Die LINKE dort deutlich an Zustimmung eingebüßt - von 8,3% auf 4% im Februar 2011. Auch wenn die Bürgerschaftswahl überwiegend von regionalen Themen geprägt war, spielten die Verhältnisse auf Bundesebene (Vorstandsprofil der LINKEN,

Kommunismusdebatte, Hartz IV-Reform etc.) auch eine Rolle. Der Parteienforscher Gero Neugebauer trifft auch aus meiner Sicht den Nagel auf den Kopf: »Richtig ist: Der Einzug der Linken in die Bürgerschaft – wenn auch mit weniger absoluten Stimmen als zuvor – hat der Parteiführung den Arsch gerettet. Man kann das deshalb so unverblümt sagen, weil ohne dieses Ergebnis die Linke in eine heftige Diskussion über die Qualitäten ihrer Parteispitze geraten wäre und die Bundestagsfraktion sich hätte fragen müssen, was sie eigentlich noch an Themen zu bieten hat, die die Bevölkerung interessieren. Allein als Protestpartei fehlt der Linken die Perspektive. Wir haben es ja bei der Finanzkrise gesehen: Plötzlich redete sogar die FDP von Bankenverstaatlichungen.«

Der Erfolg in Hamburg beruht auf außerordentlich günstigen Bedingungen. Diese sind zu erklären durch die Schwäche der Union, durch das Verkalkulieren der Grünen und durch die Kampagne der Sozialdemokraten. Auch im Wahlkreis 1 gab es reichlich Besonderheiten – einen deutlichen Sieg der SPD, eine zerstrittene GAL und ein bemerkenswertes Abschneiden der Piratenpartei. Ob diese Faktoren eine ganze Legislaturperiode anhalten, muss bezweifelt werden.

Insgesamt ist der Erfolg der LINKEN darauf zurückzuführen, dass der Hamburger Landesverband erstens trotz aller Widrigkeiten einen relativ guten Wahlkampf geführt hat und zweitens für alle wichtigen Politikfelder (Finanzen, öffentliche Unternehmen, Wohnungsbau, Verkehr u.a.) konkrete Alternativen aufgezeigt hat. Das hat allerdings nicht dazu ausgereicht, mehr WählerInnen von der Notwendigkeit eines linken Korrektivs zur SPD und eines Politikwechsels zu überzeugen. Diese Konstellation wird auch die nächsten vier Jahre prägen. Die SPD will »ordentlich regieren«, hat aber keine tragfähige Konzeption, wie die massive Unterfinanzierung in den Bereichen Bildung, Universität, Infrastruktur, Wohnen, Sport behoben werden kann.

Auch bundesweit wird der Hamburger Wahlausgang Konsequenzen haben. Der Wirtschaftsflügel der Union hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) aufgefordert, Konsequenzen aus dem Wahldebakel in Hamburg zu ziehen. Das Beispiel Hamburgs zeige, dass die Partei vom Wähler abgestraft werde, wenn sie ihre Wirtschaftskompetenz vernachlässige.

»Die Unternehmer vermissen die klare ordnungspolitische Haltung«, sagte der Präsident der Familienunternehmer, Patrick Adenauer. Das zeige sich beispielhaft sowohl in dem Schlingerkurs, den die Regierung bei Euro-Rettung fahre, als auch in der Offenheit gegenüber Mindestlöhnen.

Hamburg wird aber auch der Bundes-SPD zu denken geben. Olaf Scholz will den Schwerpunkt Wirtschaft deutlich ausbauen. Und nach dem Erfolg bei der Hamburger Bürgerschaftswahl legt die SPD auch bundesweit in der Wählergunst deutlich zu. Laut ZDF-Politbarometer käme die SPD derzeit auf 29%, das sind zwei Prozentpunkte mehr als zuletzt. Die CDU/CSU stagniert bei 36%, die FDP bei 5% und Die LINKE bei 9%. Die Grünen verlieren und erreichen nur noch 15%, das ist ein Minus von zwei Prozentpunkten.

Kritisch bleibt für Hamburg anzumerken: Erneut hat es einen deutlichen Rückgang in der Wahlbeteiligung gegeben. 530.000 BürgerInnen der Stadt haben auf die Ausübung ihres Wahlrechts verzichtet, weil sie sich durch keine Partei mehr vertreten fühlen.

Trotz gleichbleibenden WählerInnenanteils hat auch DIE LINKE gegenüber 2008 absolut deshalb etwa 5.000-6.000 Stimmen verloren. Gerade in den Quartieren mit einem hohen Anteil von BürgerInnen mit Transfereinkommen war und ist die Wahlbeteiligung besonders gering. In den Armutsquartieren wie Veddel/Wilhelmsburg haben wir zwar hohe Stimmanteile (z.T. allerdings rückläufig wie z.B. in Billstedt) erreicht, konnten aber nicht verhindern, dass noch mehr BürgerInnen zu Hause geblieben sind. Allerdings haben dort auch beträchtliche Teile des bürgerlichen WählerInnenklientels das Heer der Nichtwählenden aufgefüllt.

Die Schwierigkeit, vor denen DIE LINKE steht, um sich zu behaupten bzw. größeren Einfluss zu gewinnen, wird noch deutlicher, wenn man sich die Wahlkreise im Einzelnen anschaut. Nur in Mitte (Wahlkreis 1: +0,9%), Altona (Wahlkreis 3: +1,6%) und in Eimsbüttel (Wahlkreis 5: +1,0%) konnte sie gegenüber der letzten Bürgerschaftswahl prozentual punkten. In allen anderen Wahlkreisen gab es entweder eine Stagnation oder Verluste von bis zu 1,1%. Entsprechend sind die Ergebnisse der Bürgerschaftswahl auf Bezirksebene (siehe hierzu auch die Tabelle). In drei Bezirken gab es mehr oder

### Bezirksversammlungenwahlen 2011 (Bezirksstimmen – Gesamtstimmen)

Wahlbeteiligung und Stimmenanteile Parteien in %

Bezirk	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	GAL	LINKE	FDP	Piraten	LINKE gg. 2008
Mitte	44,5	17,6	47,4	14,5	10,0	3,9	4,7	-0,2
Altona	60,4	21,6	40,2	16,6	9,2	6,5	2,4	0,0
Eimsbüttel	60,0	21,8	42,9	18,2	6,4	6,3	2,9	-0,7
Nord	57,6	21,3	44,5	16,5	6,4	6,4	2,6	-0,6
Wandsbek	57,1	27,0	46,5	11,0	5,3	7,2	1,9	-0,7
Bergedorf	52,8	28,4	48,3	9,5	6,6	3,6	2,8	0,0
Harburg	49,8	26,2	47,9	10,0	6,4	4,8	2,8	-1,8
Hamburg	55,4	23,2	44,9	14,2	7,0	6,0	2,7	-0,4

Sitzverteilung								
Bezirk	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	GAL	LINKE	FDP	Piraten	LINKE gg. 2008
Mitte	44,5	9	25	8	5	2	2	-1
Altona	60,4	12	22	9	5	3	0	0
Eimsbüttel	60,0	12	23	10	3	3	0	-1
Nord	57,6	16	24	9	3	3	0	-1
Wandsbek	57,1	14	27	7	3	4	0	0
Bergedorf	52,8	14	23	4	3	2	1	0
Harburg	49,8	26	26	5	3	3	0	-1
Gesamt	55,4	103	170	52	25	20	3	-4

weniger deutliche Terrainverluste. Fünf von sieben Bezirken liegen unter dem Landesdurchschnitt von 6,4%.

Noch markanter war der Stimmenverlust für DIE LINKE bei den Wahlen zu den Bezirksversammlungen, bei denen sie 2008 deutlich mehr Stimmen auf sich vereinigen konnte als bei der Bürgerschaftswahl. Nur in Altona konnte die Partei

ihren Stimmenanteil von 2008 halten. In allen anderen Bezirken gab es einen prozentualen und damit logischerweise auch absoluten Rückgang beim WählerInnenzuspruch. Der besonders herbe Rückschlag in Harburg hat sicher auch mit den Querelen dort zu tun.

## Auf ein Neues – auch im Bezirk

Auch bei der Wahl zur Bezirksversammlung Mitte hat DIE LINKE ein ordentliches Ergebnis einfahren können. Allerdings gab es dieses Mal einen kleinen Wermutstropfen. Der Stimmenanteil ist gegenüber der Wahl 2008 zwar nur um 0,2% geschrumpft, dies hat aber eine Verkleinerung der Linksfraktion von sechs auf fünf ParlamentarierInnen zur Folge. Zunächst Glückwunsch an die wieder Gewählten Sandra Clemens (Hamm), Christine Detamble-Voss (St. Pauli), Olaf Harms (Wilhelmsburg), Renate Hercher-Reis (Wilhelmsburg) und Bernhard Stietz-Leipnitz (St. Georg). Dass Ronald Wilken (Wilhelmsburg) seine gute Arbeit nicht fortsetzen kann, bedaure ich sehr.

Schaut man sich die Verteilung der 51 Sitze in der Bezirksversammlung Mitte an, so fällt zunächst ins Auge, dass die SPD zwar deutlich auf 25 Sitze zugelegt hat, doch reicht das nicht, um die Geschicke alleine bestimmen zu können. Hier dürfte es also wieder eine Koalition mit der GAL (8 Sitze) geben. Opposition sind die verkleinerte CDU-Fraktion (9 Sitze), die FDP (2 Sitze), DIE LINKE (5 Sitze) und zum ersten Mal in der Hamburger Parlamentsgeschichte die PIRATEN-Partei, von der ungewiss ist, wie sie sich in der Bezirkspolitik verhalten wird. Ich bin sicher, dass die Linksfraktion im Bezirk Mitte zusammen mit den Stadtteilgruppen in Billstedt, Hamm/Horn/Borgfelde, St. Georg, St. Pauli und Wilhelmsburg die Herausforderung annehmen wird, in Zusammenarbeit mit der außerparlamentarischen Opposition, den Initiativen und Verbänden die von Olaf Scholz angekündigte Politik der »Einsparungen« und der Fortführung des Sozial- und Stellenabbaus unter anderem Namen, wirksam Opposition zu machen. Dabei werden wir auch zukünftig gemein-

sam Informationen austauschen und Absprachen treffen, um die Arbeit vor Ort mit der Fraktion in der Bürgerschaft abzustimmen. Denn die Besonderheiten dieses ärmsten der sieben Hamburger Bezirke erfordern besondere Anstrengungen, die Bernhard Stietz-Leipnitz bereits vor der Wahl herausgestellt hat: »Nirgends wird die soziale Spaltung der Stadt so deutlich wie im Bezirk Mitte. Umfasst doch der Bezirk die Hafencity und die auf Tourismus und Schicki-Micki ausgerichtete innere Stadt, die von Aufschickung ... gefährdeten Stadtteile St. Pauli und St. Georg, den IBA- und igs-Standort Wilhelmsburg, wo erst die Natur zerstört wird, damit es dann ganz wunderschön wird und die Neureichen dann ihren Sprung über die Elbe vollziehen können. Und dann gibt es noch ganz »normale« Stadtteile wie Rothenburgsort, Finkenwerder, Hamm, Horn und Billstedt, für die sich der Senat, aber auch viele Bezirkspolitiker nur am Rande interessieren... Wir wollen, dass die Stadtteile gleich behandelt werden, dass es überall vernünftige Bildungs-, Sport- und Spielangebote, finanziert durch die öffentliche Hand gibt... Wir wollen, dass soziale und kulturelle Einrichtungen, gerade in den »normalen« Stadtteilen, eine verlässliche und gesicherte Finanzierung erhalten, damit eine gesicherte Planung und eine kontinuierliche Arbeit möglich werden... Das können wir nicht in der Bezirksversammlung, nicht einmal in der Bürgerschaft beschließen. Aber wir können überall den Finger in diese Wunde legen, wir können entsprechend Initiativen vom Senat einfordern.« Das gilt nach der Wahl umso mehr. Dafür wünsche ich uns allen Kraft und den guten Kontakt mit unserer WählerInnen und denjenigen BürgerInnen, die wir für unsere Politik erst noch gewinnen müssen.

## Finanzbehörde lässt Lauben plattmachen



Christine Wolfram vor ihrer Laube, die einfach abgerissen wurde

Nicht nur, dass der von der Finanzbehörde angeordnete Abriss von Gartenlauben zum 28. Februar 2011 im Namen des glorreichen Projektes »In 80 Gärten um die Welt« im Rahmen der 2013 startenden Internationalen Gartenschau (igs) an sich schon ein Skandal ist. Dieser wird jetzt noch dadurch getoppt, dass die Behörde die Abrissbagger – und zwar nicht zum ersten Mal – »viel zu früh« (wie das Hamburger Abendblatt am 26.2.2011 titelte) anrücken und unangekündigt fünf Lauben einfach plattmachen ließ. Betroffen ist auch unsere Genossin Christine Wolfram, die im Wahlkreis 5 »Billstedt-Wilhelmsburg-Finkenwerder« für DIE LINKE zur Bürgerschaftswahl kandidierte.

Als Christine am vergangenen Donnerstag zum Grundstück ihrer Laube im Kleingartenverein »761 Im Bauernfelde e.V. von 1953« im südlichen Bereich des Kleingartenparks Wilhelmsburg kam, traute sie ihren Augen kaum. Buchstäblich alles war weg: ihre »Bille«-Typenlaube samt dem sich u.a. darin befindlichen teuren Grill und Elektrogeräten, der daneben stehende Geräteschuppen und selbst ihr großer Swimming-Pool. »Ich kann das einfach nicht fassen«, sagte sie dem Hamburger Abendblatt, »der Abrisstermin war erst für den 28. Februar, den kommenden Montag, angekündigt. Ich hatte mir extra von Donnerstag bis Montag frei genommen, um alles auszuräumen. Von allen Gegenständen, die im Geräteschuppen standen, habe ich von den Bauarbeitern nur meinen Rasenmäher wiederbekommen«. Diesen macht sie keinen Vorwurf, den Auftraggebern schon: Sie will Strafanzeige stellen und eine Entschädigung fordern.

Christine gehörte mit anderen Mitgliedern des Kleingartenvereins zu den »Standhaften«, die sich bis zum Schluss verbieglich gegen die aberwitzigen Pläne, ihre Parzellen in das igs-Areal zu integrieren, gewehrt und Proteste organisiert hatten. »Es waren bereits im vergangenen Jahr in unserem Kleingartenverein vor dem gesetzten Termin Lauben abgerissen worden, was zu großem Protest geführt hat«, sagte sie dem

Abendblatt weiter, »es gab dazu auch eine Anfrage der Links-Fraktion. Und die Finanzbehörde, die bei Grundstücksangelegenheiten und Entschädigungszahlungen das Sagen hat, machte damals in der Antwort deutlich, dass es in Zukunft keinen vorzeitigen Abriss mehr geben wird.«

Ich hatte in einer Kleinen Anfrage am 5. Januar 2011 den Senat gefragt, wie das denn sein könne und wie er gedenkt, so etwas in Zukunft zu verhindern. Die Antwort lautete: »Ohne eine vorherige Ankündigung gegenüber dem Pächter wurde versehentlich« abgerissen. Und weiter heißt es in der Senatsantwort: »Zukünftig wird die zuständige Behörde darüber hinaus die betroffenen Laubenhhaber noch einmal zusätzlich über den geplanten Abrisstermin unterrichten.« Dass nun trotz eines Vertrages, in dem ein anderer Räumungstermin genannt ist, erneut ohne Vorankündigung einfach die Abrissbagger losgeschickt wurden, kann nicht ein weiteres Mal als »Versehen« durchgehen. Empört sind nicht nur Christine und die anderen Betroffenen. In einem Kommentar zu der skandalösen Aktion schreibt Jochen Gipp vom Abendblatt zu Recht: »Für die meisten Kleingärtner bedeutet der Kauf einer Laube, die Pacht der Parzelle und die Anschaffung von Pflanzen und Geräten eine große Geldausgabe. Für beteiligte Behörden und mit der Organisation der internationalen Gartenschau befasste Unternehmen mögen das »Peanuts« sein... Auch wenn die Schreiber nicht Eigentümer ihrer Scholle sind, sondern im letzten Glied nur Pächter im Verein, abhängig vom Landesbund der Kleingärtner und letztlich dem Grundeigentümer Finanzbehörde, so ist es nicht zu verstehen, dass die Spielregeln des Miteinanders mal wieder nicht eingehalten werden.«

Christine hat die Aktion so erregt, dass sie sich in ärztliche Behandlung begeben musste. Ich wünsche ihr für ihre Gesundheit alles Gute und werde mich mit dafür einsetzen, dass dieser Skandal nicht ohne Folgen bleibt.

## Spitzeldienste für Toleranz?



Ob das dann noch geht: Bezirksamtsleiter Schreiber bei der Einweihung des Lindenbazars in St. Georg

Im Herbst 2010 wurde St. Georg in das Bundesprogramm »Toleranz fördern – Demokratie stärken« (zuvor: »Vielfalt tut gut«) einbezogen. Vor Ort sollen Projekte gefördert werden, die das tolerante und vielfältige Miteinander stärken. Finanziert wird das Programm aus Mitteln des Bundesfamilienministeriums, das für den Hamburger Stadtteil von 2011 bis 2013 jährlich 100.000 Euro zur Verfügung stellt. Auf Geheiß des CDU-geführten Ministeriums müssen die AntragstellerInnen allerdings eine Erklärung abgeben, in der folgender Text »rechtsverbindlich« zu unterzeichnen ist:

»Hiermit bestätigen wir, dass wir uns zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten. Als Träger der geförderten Maßnahmen haben wir zudem im Rahmen unserer Möglichkeiten und auf eigene Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls den Zielen des Grundgesetzes verpflichten. Uns

ist bewusst, dass keinesfalls der Anschein erweckt werden darf, dass einer Unterstützung extremistischer Strukturen durch die Gewährung materieller oder immaterieller Leistungen Vorschub geleistet wird.«

Damit wird den AntragstellerInnen nicht nur eine Gesinnungserklärung abgenötigt, sie sollen zusätzlich auch noch sämtliche KooperationspartnerInnen bespitzeln. In den diesem Revers angehängten »Hinweisen zur Erklärung für Demokratie« vom 12. Januar 2011 wird den Projektträgern nicht nur empfohlen, sich bei Behörden, insbesondere beim »Verfassungsschutz«, rückzuversichern, sondern »auf jeden Fall sollten die Träger ihre diesbezüglichen Abwägungsprozesse so dokumentieren, dass sie bei Bedarf nachvollziehbar und nachprüfbar sind.«

Hier wird aktive Bespitzelung und das Anlegen von Dossiers gefordert, in denen »nachvollziehbar und nachprüfbar« alles gesammelt werden soll, was KooperationspartnerInnen und Initiativen verlauten ließen. Dies wird durch die

Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE bestätigt: »Das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch Unterzeichnung der Demokratieerklärung ist eine Auflage im Zuwendungsbescheid und somit Voraussetzung für eine Förderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Wenn das BMFSFJ Kenntnis davon erlangt, dass der Träger gegen die Erklärung verstößt oder wesentlich mit einem Partner zusammenarbeitet, der gegen die Erklärung verstößt, kann das Bundesministerium die Fördergelder zurückfordern. (...) Wenn das BMFSFJ bzw. die Regiestelle beim Bundesamt für Zivildienst (BAZ) Hinweise erhält, dass der Zuwendungsempfänger selbst oder sein Partner möglicherweise gegen das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstößt, überprüft das BMFSFJ bzw. das BAZ – in Abstimmung mit den anderen zuständigen Bundesministerien bzw. mit den Verfassungsschutzbehörden – diese Hinweise.«

Was kann das konkret heißen? Nehmen wir einmal an, ein St. Georger Projektträger beantragt für ein Multikulti-Projekt eine Zuwendung, bekommt die bewilligt, kooperiert bei dem Projekt zum Beispiel mit Hamburgs größter Moscheegemeinde in der Böckmannstraße. Dann geht bei den (zentralen) Behörden irgendein »Hinweis« ein, dass diese Moschee aus dubiosen Gründen im Hamburger »Verfassungsschutzbericht« erwähnt wird – und schon muss der Projektträger die bereits ausgegebenen Mittel wieder zurückzahlen. Ein seltsames Demokratie- und Toleranzverständnis, das nicht nur den Projektträgern Spitzelei zumutet, sondern mit Sicherheit Misstrauen sät und den Kontakt zu bestimmten Organisationen deutlich erschwert, wenn nicht gar verhindert. Ausgerechnet ein Toleranzprojekt damit zu eröffnen, dass erst einmal alle »ein wenig mehr« darauf achten sollen, was GesprächspartnerInnen von sich geben, mit wem die ihren Alltag verbringen, wo die überhaupt so stehen, das ist schon ein Stück aus dem Tollhaus.

Welches geistige Klima der »Toleranz« im Hause der Ministerin von der Leyen herrscht, machen die bereits angesprochenen »Hinweise zur Erklärung für Demokratie« deutlich: Eine Zusammenarbeit von ZuwendungsempfängerInnen mit der Partei DIE LINKE sei »nicht grundsätzlich ausgeschlossen«. Die Anmaßung, mit der hier der zweitgrößten Oppositionspartei im Deutschen Bundestag begegnet wird, wird noch getoppt mit der Antwort auf die Kleine Anfrage zu den Konsequenzen einer Zusammenarbeit der Zuwendungsempfänger mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN): Es lägen für diese »heterogene« Organisation »Erkenntnisse für linksextremistische Bestrebungen« vor, von daher käme es »auf die Umstände des Einzelfalls an«.

Die St. GeorgerInnen haben bereits angemessen reagiert. Der eigentlich auserkorene und seit Herbst tätige Koordinator des Vielfalt-Projekts im Hauptbahnhofviertel – der Verein »Basis und Woge e.V.« – hat am 18. Februar Courage gezeigt und seinen Auftrag zurückgegeben, um damit gegen die Schnüffelpraxis zu protestieren. Und die »Aids-Hilfe Hamburg e.V.« hat davon Abstand genommen, sich an der Ausschreibung des Vielfalt-Projekts zu beteiligen. Der Stadtteilbeirat St. Georg-Mitte hat sich eindeutig gegen den zweiten Teil der Erklärung ausgesprochen und damit etwaige AntragstellerInnen ermuntert, ebenfalls Protest anzumelden. Ein erstes öffentliches Treffen zum weiteren Vorgehen findet am Mittwoch, dem 2. März, um 17.30 Uhr im Jugend- und Familienzentrum »Schorsch« (Kirchenweg 20) statt.

Ich unterstütze diese Proteste in St. Georg und werde mich dafür einsetzen, dass die neue Fraktion der LINKEN dieses skandalösen Ansinnen zum Thema in der Bürgerschaft macht. SPD und DIE LINKE haben in Berlin, wo sie gemeinsam die Landesregierung stellen, deutlich gemacht, dass es auch anders geht. Dort müssen die Projekte deshalb nicht unterschreiben, weil der Senat bereit ist, die dann ausbleibenden Bundesmittel durch eigene Mittel zu ersetzen. So wollen wir das auch für Hamburg durchsetzen.

## joachimbischoff.de

Aktuelle Positionsbestimmungen Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können demnächst als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Wer aktuell informiert sein möchte, sollte lieber einmal mehr vorbeischaun!

The screenshot shows the homepage of Dr. Joachim Bischoff's website. At the top, it identifies him as an economist, social scientist, and member of the Hamburg City Council for DIE LINKE. The main content area features a section titled 'Kommentare zu politischen Ereignissen in Hamburg' with a sub-section 'Schlussfolgerungen aus der Hamburg-Wahl'. A prominent red and white graphic reads 'Für ein soziales Hamburg! DIE LINKE. Wahlprogramm Bürgerschaftswahl 2011'. To the right, there is a sidebar with 'Alle Beiträge' and 'Die Themen' lists. The footer includes a survey link for the Institute for Democracy (Allensbach).

## Wenn schon die Wohnungsmakler klagen...

Das linker Ambitionen völlig unverdächtige Maklerunternehmen »Engel & Völkers« hat eine Studie vorgelegt, nach der in Hamburg der Wohnungsfehlbestand auf dramatische 90.000 Wohnungen angewachsen ist. »Damit liegt die Hansestadt«, so das Hamburger Abendblatt vom 26./27. Februar, »weit vor Berlin (Defizit 44.100), Stuttgart (31.400) und München (18.100).« Engel & Völkers berufen sich bei ihrer Analyse auf Berechnungen des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung und des Statistischen Bundesamtes, also auf Quellen, die eigentlich jede staatliche Stelle ernst nehmen sollte. Als eine der zentralen Auswirkungen dieser zugespitzten Lage führen die Immobilienmakler an, dass Hamburg inzwischen den zweithöchsten Durchschnittswert bei Neuvermietungen erreicht. Der Mittelwert in »guter Wohnlage« betrage hier 12,50 Euro pro Quadratmeter, nur noch überboten von München (14,25 Euro/qm), wo es lange Zeit keinen mietpreisdeckelnden Mietenspiegel gegeben hatte. Hinter Hamburg folgen erst in vergleichsweise großem Abstand Frankfurt a.M. (11,50 Euro), Heidelberg (11,25 Euro) und Düsseldorf (10,75 Euro).

Diese neuesten Zahlen sind nicht nur eine Ohrfeige für den soeben abgewählten schwarz-grünen Senat, sondern auch eine zentrale Herausforderung für den neuen sozialdemokratisch geführten Senat. Bürgermeisterkandidat Olaf Scholz und der stadtentwicklungspolitische Sprecher Andy Grote haben während des Wahlkampfes über Wochen versprochen, dass mit ihnen jährlich wenigstens 6.000 neue Wohnungen kommen werden, etwa doppelt so viele, wie in den letzten Jahren errichtet worden sind. Dass schon diese Zahl in SPD-Kreisen nicht ganz unumstritten ist, hat einmal mehr der amtierende Wohnungsbaukoordinator Michael Sachs (SPD), der auch mal schon als neuer Stadtentwicklungssenator gehandelt wird, auf der »1. Bezirklichen Wohnungsbaukonferenz Hamburg-Mitte« am 14. Februar unterstrichen, als er von lediglich 3.000 benötigten Wohnungen sprach und auf Publikumsnachfrage bestätigte, dass die »Zahl 6.000 gegriffen«, also für ihn relativ beliebig sei.

Wir werden sehen, wie ernst es der neuen Senatspartei wirklich mit dem massiv angekurbelten Wohnungsneubau ist. Die SPD hätte allerdings jetzt die Chance, alles anders und viel besser zu machen – allein, mir fehlt der Glaube. Denn dafür müsste beispielsweise eine bedeutende Aufstockung der Fördermittel für den Wohnungsbau vorgenommen werden, dafür bedürfte es erheblich mehr Personals in den Bezirken, um dem Wohnungsleerstand oder auch der verbreiteten Zweckentfremdung auf die Spur zu kommen. Olaf Scholz hat angekündigt, den Öffentlichen Dienst um 250 Stellen abzubauen...

Insofern muss Druck aufgebaut werden für eine gesamtstädtische Initiative zur Schaffung von jährlich mindestens 8.000 Wohnungen in absehbarer Zukunft. In der Bürgerschaft wird DIE LINKE ihn machen, noch wichtiger aber ist, dass er auch außerparlamentarisch an Kraft gewinnt. Dazu gehört

die neue Initiative aus dem Umfeld des Netzwerks Recht auf Stadt »Mietenwahnsinn stoppen!«

Im Aufruf der Initiative heißt es: »Was uns seitens der Stadt vorgegaukelt wird, ist, dass sich um das Wohnungsproblem gekümmert wird.« Tatsächlich

wird aber munter weiter Politik für diejenigen gemacht, die es sich leisten können... Wir müssen und werden unsere Interessen selbst vertreten, um eine Gesellschaft zu entwickeln, die ihre eigenen Vorstellungen vom Wohnen und Leben hat und diese durchsetzt. Deswegen bleibt es nicht nur bei Worten: ... Wir kämpfen für Wohnraum, wie wir ihn uns vorstellen: für einen Wohnraum unabhängig von Alter, Nationalität, Aussehen, Geschlecht oder der Größe des Geldbeutels... Die Unterstützung und die Hilfe von vielen ist dabei unerlässlich, denn in Hamburg ist das Wohnungsproblem noch lange nicht gelöst.«

Der Aufruf wurde bereits von mehr als 700 Menschen unterzeichnet, weitere Unterschriften sind dringend erwünscht (im Netz unter: <http://mietenwahnsinn.rechtaufstadt.net>). Zum erforderlichen Druck gehört auch, dass es in den letzten Tagen erneut Besetzungen von leerstehenden Häusern und Wohnungen gegeben hat (siehe dazu den Kasten).

Am 16. Februar widmete sich auch die »2. Konferenz zur sozialen Spaltung« dem Thema »Wohnen in Hamburg. Marktentwicklung und soziale Folgen«. Der alternative Unternehmensberater Jan Kuhnert (Hannover) wies dort in einem Vortrag nach, dass »der Markt ohne Regulierung zu unwürdigen Wohnbedingungen führt«. In seinen Alternativvorschlägen plädierte er z.B. für die Verlängerung von Bindungen durch öffentliche Nachförderung (passiert schon, müsste und könnte jedoch ausgeweitet werden) und für die Einführung eines »Sozialpfandbriefes«, der speziell für den Wohnungsbau günstige Kreditbedingungen schaffen könnte. Auch seine Anregung, die Mieten einkommensabhängig zu gestalten (maximal 15 bis 20% des vorhandenen Einkommens), klingt gut – wie auch immer das unter Bedingungen des Privateigentums an Grund und Boden realisiert werden soll. Die Umwandlung kommunaler Wohnungsunternehmen in eine Stiftung wäre ein Weg, z.B. der SAGA GWG (bzw. den politisch Verantwortlichen) zu verunmöglichen, Hamburgs öffentliche Wohnungsbestände zu verkaufen. Und auch sein Motto »Einmal gefördert – immer gebunden!« kann ich mir zu eigen machen.



## Wir kämpfen für billige Wohnungen für alle!

Erklärung wohnungspolitischer Initiativen zur symbolischen Besetzung einiger Häuser am 26. Februar



»75 qm, Altbau, 2. Stock, 3 Zimmer, Wohnküche, Badewanne, Gäste-WC. Aufwendig saniert 2008 mit Dielenboden, teilw. Originalstuck, moderner Einbauküche und Energiesparmaßnahmen. Kaltmiete: 930,- Euro, Betriebskosten 85,- Euro, Maklercourtage 3 Nettokaltmieten«

Stellen Sie sich vor, Sie wären in Hamburg auf Wohnungssuche. Bei welchem Wort wären Sie ausgestiegen? Wenn Sie wissen, was der Makler von Ihnen haben möchte – Glückwunsch!

Für viele HamburgerInnen hört der Spaß mittlerweile schon bei der Wahl des Viertels auf. Vor Jahren waren viele Viertel noch ungeliebte Kinder der Stadt. Von Armut gebeutelt. Nun sind die Mieten in den teilweise aufwändig sanierten Häusern für viele Menschen nicht mehr bezahlbar. Andererseits stehen – wie hier – ganze Häuser leer. Sie werden dem Verfall überlassen, um später Platz für teure Eigentums- und Neubauwohnungen zu machen oder dienen Immobilienspekulanten als Spielgeld. Der Raum, auf dem wir wohnen, ist kein friedlicher Ort zum Leben mehr. Gier bestimmt, wer kommen und bleiben darf und wer gehen muss. Das Bild dieser Stadt verkommt zu einer Fratze. Und die meisten HamburgerInnen reagieren mit Gleichgültigkeit! Wir wehren uns gegen die Macht des Geldes! Wir sind im Herzen der Stadt nicht unerwünscht, wir sind das Herz. Wir sind auch nicht sprachlos gegenüber dem, was um uns herum passiert. Wir fordern billige Wohnungen für alle und die Entkriminalisierung von Hausbesetzungen!

Und wir sind jetzt (ja genau in diesem Moment!) unter anderem an folgenden Orten, um ein Zeichen zu setzen, machen Sie sich bitte auf den Weg zum nächstgelegenen Ort: Neuer Kamp 3-5, Kleiner Schäferkamp, Breite Str. 116, Max-Brauer-Allee 163, Billhorner Brückenstraße, Veddel. (...)

Wir fordern alle Menschen auf: Besetzt leerstehende Räume! Organisiert Euch und wehrt Euch aktiv gegen die fortschreitende Gentrifizierung!

Während der abschließenden Podiumsdiskussion bagatellierte SAGA-GWG-Chef Basse die Wohnungsnot und sprach lediglich von gewissen »Engpässen« vor allem in bestimmten City-nahen Quartieren. Kategorisch widersprach er dem Recht-auf-Stadt-Aktivisten Steffen Jörg, der Wohnungsbau zum Preis von vier Euro pro Quadratmeter für möglich hielt. Stadtbau-Geschäftsführer Tobias Behrens forderte in seinem Abschlussstatement, die Bindungslaufzeiten beim öffentlichen Wohnungsbau von gegenwärtig 15 auf 30 Jahre zu verlängern und auch die Praxis der städtischen Grundstücks-

vergabe dringend zu verändern. Das war gegen die Höchstgebotsverfahren gerichtet, die noch immer nicht vom Tisch sind.

Die Wohnungsnot bleibt auch, nachdem der Pulverrauch des Wahlkampfes verzogen ist, ein entscheidendes Thema in der Stadt. 90.000 fehlende Wohnungen sind schließlich keine Kleinigkeit, die man nur mit halbgaren Versprechungen schaffen könnte. Es muss entsprechender Druck von allen Seiten kommen, damit diese nicht gleich wieder den Spar-Sachzwängen geopfert werden.



## Das Münzviertel lebt!



Ich habe den Senat im Februar nach dem Münzviertel gefragt.<sup>1</sup> Seine Antwort ermöglicht die Betrachtung einiger Zahlen über die sozialen Probleme des Kiezes. Ende 2009 war der Anteil der über 65-Jährigen mit 4,5% noch unterdurchschnittlicher als der Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre mit 8,1%. Andererseits lag der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung hier, vis à vis zur Ausländerbehörde und zum »Café Exil«, bei 23,7%. Besonders auffällig ist auch die hohe Zahl der Ein-Personen-Haushalte (= 71,3%) bzw. die geringe der Haushalte mit Kindern (= 5,5%). Das Münzviertel ist ein armes Quartier: 13,6% waren Ende 2009 arbeitslos gemeldet, 21,5% waren TransferleistungsempfängerInnen.

Zugleich ist deren langfristige Wohnperspektive bedroht, wenn man sich die Entwicklung der Bodenrichtwerte anschaut (Basis für Grundstücke und Mieten): Sie lagen bei Mehrfamilienhausgrundstücken am 1.1.2000 mit 76% noch deutlich unter dem hamburgischen Durchschnitt, sind aber seitdem um jährlich 2,8% angestiegen.

In dem Quartier hat sich die Lage in den vergangenen Jahren gleichwohl ein wenig stabilisiert. Die Bevölkerungszahl ist von zeitweilig unter 1.000 wieder auf nahezu 1.250 Menschen angestiegen. Im Münzviertel sind diverse soziale Einrichtungen zu Hause, z.B. die Tagesaufenthaltsstätte »Herz As«, die im Jahre 2010 für 1.312 Obdachlose die Postadresse führte, und die Soziale Beratungsstelle Mitte für Wohnungslose und von Obdachlosigkeit Betroffene, die »Münzбург« als Stadtteiltreffpunkt für Menschen mit und ohne Behinderungen, das Beratungs- und Gesundheitszentrum St. Georg (darin u.a. der Drogenkonsumraum »Drob Inn«).

Auch die Zentralbibliothek am Hühnerposten gehört zum Münzviertel. Es hat sich eine kreativ-künstlerische Szene in diesem Quartier herausgebildet, so der seit 2006 bestehende Verein »Kunstraum KuBaSta - Kunst Bauen Stadtentwicklung«. Unter aktiver Mitwirkung des Quartiersbeirates konnten Akzente gesetzt werden, mit denen sich der Senat in der Antwort auf meine Anfrage schmückt: »Als wesentliche Handlungserfordernisse wurden eine möglichst weitgehende Vernetzung zwischen Bildung, Kunst und Quartiersentwicklung,

<sup>1</sup> Alle Kleinen und Großen Anfragen sind in der Parlamentsdatenbank der Hamburgischen Bürgerschaft unter <https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/> abrufbar. Sie sind dort auch nach Schlagworten erschlossen.

die Förderung besonderer Wohnformen (zum Beispiel des Zusammenlebens von Künstlern und Studenten mit behinderten Menschen) sowie die Aufwertung des öffentlichen Raums (insbesondere die Aufwertung des Münzplatzes) benannt.« Auch wenn beim Stichwort »Aufwertung« die Alarmglocken zu läuten beginnen, ist unbestreitbar, dass das Münzviertel lebt – bislang ohne die Bevölkerungsmischung zu zerstören und die Mietpreise ins Unerschwingliche steigen zu lassen.

Damit das so bleibt, ist genaues Hinsehen angesagt. So haben mich Münzviertel-AktivistInnen auf die so genannten Hillgruber-Hochhäuser an der Spaldingstraße 1 und 1 b aufmerksam gemacht, die seit vielen Jahren weitgehend leer stehen – mit einer Bruttogeschossfläche von gut 8.000 Quadratmetern. Die Gebäude sind von der Stadt 2009 erworben worden, die Verwaltung obliegt der städtischen Sprinkenhof AG. »Die zuständige Behörde hat das Objekt mit dem Ziel erworben«, so der Senat in seiner Antwort, »das Grundstück zusammen mit Nachbarflächen für eine Neubebauung und somit auch städtebauliche Neuordnung entsprechend der planerischen Ausweisung zur Verfügung zu stellen.« Seit 2009 ist der Leerstand immer noch nicht beseitigt (zurzeit bei 81,3%), obwohl örtliche Initiativen seit 2009 eine Zwischennutzung fordern.

Da vergammelt Fläche, die als dringend benötigter Wohnraum nutzbar wäre, da wird mit den Objekten offensichtlich spekuliert (»Die Immobilie soll weiter veräußert werden« heißt es in der Senatsantwort), da liegen Potenziale brach, die sich auch negativ auf die Umgebung auswirken usw. Die Politik der Sprinkenhof AG bedarf offenbar nicht nur im Münzviertel (oder in Neuenfelde, darüber hatte ich in den letzten BürgerInnenbriefen berichtet) einer intensiveren Untersuchung. Leerstand und Ressourcenvergeudung, zweifelhafte Gebäudeaufkäufe und Spekulation gehören aus meiner Sicht nicht zu einer »geordneten« Grundstücksverwaltung der öffentlichen Hand.

Aber meine bzw. die Sicht der LINKEN sind in dieser Hinsicht nicht gefragt: CDU, GAL und SPD hatten sich in der letzten Legislaturperiode darauf verständigt, die so genannte Bodenkommission derartig zurechtzuschneiden, dass DIE LINKE aus diesem mächtigen Gremium ausgeschlossen blieb. So konnte nur durch penetrantes Nachfragen etwas Licht in Eigentumsfragen an die Öffentlichkeit gelangen.

## KulturTipp: Rauf aufs Rad, der Frühling naht!



StadRAD Hamburg wird einfacher

Der Frühling wird kommen – auch wenn die aktuelle Wetterlage daran mitunter Zweifel hegen lässt. Und mit immer häufigerer und wärmerer Sonne werden nicht nur die Straßencafés wieder voller, sondern wächst bei vielen auch der Wunsch, sich aufs Fahrrad zu schwingen. Für alle, die kein eigenes Fahrrad besitzen, denen ein platter Reifen das Leben schwer macht, die sich mit FreundInnen von außerhalb auf dem Zweirad die Stadt aneignen wollen, gibt es gute Nachrichten: Das Ausleihen der roten Stadträder wird ab Ende Februar deutlich vereinfacht. Dieses einzige wirklich nachhaltige Projekt der politisch verblichenen Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk soll noch besser in Fahrt kommen. Um an ein rotes Stadtrad zu kommen, muss man sich zukünftig nur noch mit einer Kredit- oder EC-Karte an der Entleihstation identifizieren lassen und auf das Display des Fahrradschlösses tippen, der bislang ziemlich umständliche Öffnungscode entfällt ab 28. Februar. Auch die Rückgabe wird künftig einfacher: Das Rad an einem freien Stellplatz abstellen und den Sperrknopf an der rechten Seite des Fahrradschlösses drücken – die bisherige Eingabe des Quittungscodes am Terminal oder am Telefon ist nicht mehr vonnöten. Und schließlich kann man das Rad in Zukunft auch an einer Station abstellen, selbst wenn die Stellplätze belegt sind. Einfach mit dem Fahrradriegel sichern und den Sperrknopf drücken!

Wer sich rund um das Fahrrad insgesamt schlau machen will, sollte am Sonntag, den 6. März, die vom »Allgemeinen

Deutschen Fahrrad-Club« (ADFC) veranstaltete Radreise-Messe im Congress Centrum Hamburg besuchen. Von 11:00 bis 18:00 Uhr gibt es auf 4.500 Quadratmetern Ausstellungsfläche Informationen über ReiseveranstalterInnen, Tourismusregionen, FahrradhändlerInnen und -herstellerInnen. Hier kann man alles über die richtige Ausrüstung und Bekleidung, die allerneuesten Räder und das nötige Zubehör erfahren. Eine Reihe von Vorträgen rundet das Programm ab. Der ADFC rechnet mit bis zu 6.000 BesucherInnen: »Radreisen sind weiter im Trend. Denn wer mit dem Fahrrad Urlaub macht, ist aktiv, erholt sich und tut auch etwas für das Klima.« Der Eintritt kostet fünf Euro, AOK- und ADFC-Mitglieder zahlen nur 1,50 Euro, Jugendliche unter 16 Jahren in Begleitung der Eltern haben freien Eintritt (mehr unter [www.hamburg.adfc.de](http://www.hamburg.adfc.de) oder [www.radreise-messe.de](http://www.radreise-messe.de)).

Ein anderes Fahrradereignis wirft seine langen Schatten voraus: die Sternfahrt »Mobil ohne Auto«, die am 19. Juni stattfinden wird. Es besteht aber schon jetzt die Möglichkeit, sich an der Vorbereitung des »Friedensstrahls« des »Hamburger Forums für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.« zu beteiligen, das nächste Treffen findet am Mittwoch, den 16. März, ab 19:00 Uhr statt (wer zu diesem Treffen eingeladen werden möchte, meldet sich bei Helene Hohmeier unter [naturfreunde-frieden@gmx.de](mailto:naturfreunde-frieden@gmx.de) oder bei Renate Kirstein unter 551 38 91).

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: [joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de](mailto:joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**